



Leistungsbeschreibung

Busverkehrsleistungen auf den VGN-Linien 118, 136, 152 im Landkreis Fürth

1. Gegenstand und Bedingungen der Vergabe

1.1 Allgemeines

Der Landkreis Fürth ist Aufgabenträger für den Öffentlichen Personennahverkehr im Landkreis Fürth.

Die genaue Bezeichnung der Vergabestelle lautet:

Landkreis Fürth
Im Pinderpark 2
90513 Zirndorf

Die Linien 118, 136, 152 verlaufen im Gebiet des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg (VGN). Die Regelungen innerhalb des Verkehrsverbundes sind vom Auftragnehmer zu beachten und einzuhalten.

1.2 Zu vergebende Leistung

Der Landkreis Fürth vergibt die Bedienung der Linien 118, 136, 152.

Die Fahrten dienen überwiegend der Schülerbeförderung zu Schulstandorten in Langenzenn, Zirndorf, Oberasbach und Cadolzburg.

Der Bedienungskorridor der Linie 118 erstreckt sich von Cadolzburg über Horbach bis nach Langenzenn.

Der vorgesehene Fahrplan der Linie 118 befindet sich in Anlage 1.

Die Linie 136 soll von Hornsegen über Ammerndorf, Cadolzburg nach Langenzenn und zurück verlaufen.

Der vorgesehene Fahrplan der Linie 136 ist der Anlage 2 zu entnehmen.

Die Linie 152 verläuft von Wilhermsdorf über Kirchfarnbach, Deberndorf nach Cadolzburg, und weiter nach Zirndorf und Oberasbach.

Der vorgesehene Fahrplan der Linie 152 befindet sich in Anlage 3.

Eine Empfehlung für einen Umlaufplan befindet sich in Anlage 4.

Nach Kenntnis und Planung des Auftraggebers werden ca. 550 Schüler auf diesen Linien regelmäßig befördert (Stand 11.12.2017).

Es wird die Leistung ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2019 bis zum Fahrplanwechsel im Dezember 2027 ausgeschrieben.

Es handelt sich um eine Gesamtvergabe der drei Linien.

1.3 VGN Assoziierungsvertrag und Liniengenehmigung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nach Auftragserteilung einen Assoziierungsvertrag mit der VGN GmbH abzuschließen, falls bisher noch kein entsprechender Vertrag besteht. Das Muster eines Assoziierungsvertrages befindet sich in Anlage 5. Die nicht gedeckten Kosten der VGN GmbH sind vom Auftragnehmer zu tragen.

Ferner ist er verpflichtet bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, der Regierung von Mittelfranken, einen Antrag auf Erteilung der erforderlichen Liniengenehmigung zu stellen. Es handelt sich ausschließlich um Linienverkehr gem. § 42 PBefG.

Das Verkehrsunternehmen hat mindestens jährlich an 6 Terminen fahrten- und haltestellengenaue Fahrgastzählungen durchzuführen. Die Termine bestimmt der Auftraggeber. Die Zählergebnisse werden hauptsächlich für die Einnahmeverteilung und für die zukünftige Verkehrsplanung benötigt.

Zur Gewährleistung einer betreiberübergreifenden Information der Bevölkerung über das Fahrplanangebot unterhält der VGN ein elektronisches Informationssystem im Internet und erstellt verschiedene Fahrplanveröffentlichungen (Fahrplanbuch, Fahrplanheftchen). Das Verkehrsunternehmen stellt zu diesem Zweck dem Verkehrsverbund unter Mitteilung etwaiger Veränderungen die zu veröffentlichenden Fahrplandaten (in Papierform und elektronisch im MS-Excel oder pdf-Format) unentgeltlich zur Verfügung.

Aktuell plant der Verkehrsverbund Großraum Nürnberg die Einführung einer Vertriebsprovision. Von allen Einnahmen soll ein bestimmter Prozentsatz (voraussichtlich 3%) der auf eine Linie entfallenden Einnahmen vom VGN einbehalten werden. Für die tatsächlich durch ein Verkehrsunternehmen eingenommenen Beträge erhält das Verkehrsunternehmen eine Provision in Höhe des oben genannten Prozentsatzes. Der Zeitpunkt der Einführung steht noch nicht fest, er wird aber voraussichtlich in der oben angegebenen Laufzeit der ausgeschriebenen Leistung liegen.

1.4 Fahrzeuge

Das Höchstalter der einzusetzenden Fahrzeuge beträgt 13 Jahre während der gesamten Vertragslaufzeit. Sobald ein Fahrzeug 13 Jahre alt ist (gerechnet ab dem Tag der Erstzulassung), darf es nicht mehr eingesetzt werden.

Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur in einem äußersten Ausnahmefall nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

Die Fahrzeuge müssen über eine ausreichende Sitz- und Stehplatzkapazität verfügen. Eine Übersicht mit Vorgaben zur Fahrgastkapazität befindet sich in der Anlage 6.

Dem Unternehmer bleibt es überlassen, ob die Mindestkapazität durch Einsatz eines Fahrzeugs oder durch Einsatz von mehreren Fahrzeugen erreicht wird. Es kann aber nur die Fahrt eines Fahrzeugs abgerechnet werden.

Die auf den Linien eingesetzten Fahrzeuge müssen folgende Mindeststandards erfüllen:

- Vorhandensein eines Rollstuhlstellplatzes sowie eines Kinderwagenabstellplatzes
- Vorhandensein einer Rollstuhlrampe

- Niederflrigkeit mit stufenfreiem Einstieg
- Elektronischer Fahrscheindrucker
- Mindestens akustische Fahrgastinformation
- VGN-Logo an der Frontseite

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Echtzeitdaten zu generieren und dem DEFAS BAYERN-System zur Verfügung zu stellen. Nähere Informationen befinden sich in Anlage 7.

Hierzu wird das Verkehrsunternehmen auf eigene Kosten alle eingesetzten Fahrzeuge mit einem geeigneten Ortungssystem ausstatten und die Standortdaten der Fahrzeuge in einem geeigneten Hintergrund-/RBL-System zusammenzuführen. Das Hintergrund-/RBL-System ordnet die Standort-Daten der Fahrzeuge den Fahrplanfahrten zu und erzeugt die entsprechenden Echtzeitinformationen zu den Fahrten. Die gewonnenen Echtzeitdaten werden DEFAS BAYERN- in der geforderten Form unentgeltlich und unverzüglich (in Echtzeit) per Datenfernübertragung (in der Regel über einen VPN-Tunnel) übermittelt.

Alle Fahrzeuge, auch die Ersatzfahrzeuge, müssen betriebssicher und fahrbereit sein. Der Auftragnehmer hat für die Sauberkeit der Fahrzeuge zu sorgen.

Alle Fahrzeuge müssen ständig den rechtlichen Bestimmungen (PBefG, BOKraft, StVZO) entsprechen. Die Fahrzeuginstandhaltung und -wartung unterliegt der Aufsichts- und Sorgfaltspflicht des Auftragnehmers. Alle Schäden sind kurzfristig zu beseitigen.

Bei Ausfall oder Außerbetriebnahme von Fahrzeugen hat der Auftragnehmer unverzüglich gleichwertigen Ersatz zu stellen.

Die eingesetzten Fahrzeuge sind entsprechend den gesetzlichen Vorschriften mit der Linienbezeichnung vorne und seitlich am (Fahrzielanzeige) oder im Fahrzeug (DIN A3-Tafel) zu kennzeichnen. Die Linienbezeichnung muss von außen gut lesbar sein.

Eine fehlende Linienkennung führt zu einer Vertragsstrafe.

Der Auftraggeber behält sich vor, Vorgaben für eine Außengestaltung der Fahrzeuge durch eine Beklebung zu machen. Sollte der Auftraggeber davon Gebrauch machen, trägt der Auftraggeber die Kosten, die in diesem Zusammenhang entstehen.

Der Auftragnehmer legt dem Auftraggeber auf Verlangen die Diagrammscheiben der Fahrtenschreiber oder EG-Kontrollgeräte für die nach diesem Vertrag durchgeführten Fahrten vor. Auf Verlangen händigt er sie einem nach § 57 b StVZO anerkannten Fachbetrieb zur Auswertung auf Kosten des Auftraggebers vor.

Das Formblatt „**Angaben über das für die Leistung vorgesehene Fahrzeug**“ (Anlage 8) ist für jedes für den Einsatz vorgesehene Fahrzeug auszufüllen. Der Einsatz dieser Fahrzeuge ist verbindlich. Fahrzeuge dürfen nur mit Zustimmung des Auftraggebers gewechselt werden.

1.5 Haltestellen

Der Auftragnehmer sorgt für die gesetzeskonforme Ausstattung und Unterhaltung der Haltestellen, also mindestens Haltestellenmast mit Haltestellenschild, Aushangkasten und Abfallbehälter. Bei der Gestaltung des Haltestellenschildes sind die Vorgaben innerhalb des VGN zu beachten. Ob die Übernahme von vorhandenen Haltestelleneinrichtungen möglich ist, ist vom Auftragnehmer zu ermitteln.

Der Auftragnehmer hat die planmäßig vorgesehenen Haltestellen zu bedienen. Während

der Vertragslaufzeit könnten Verkehrsbehörden Verlegungen von Haltestellen anordnen. Der Auftragnehmer hat diese Verlegungen zu beachten.

Beschädigungen der Haltestelleneinrichtungen, für die der Auftragnehmer verantwortlich ist, sind unverzüglich zu beseitigen.

Die Aushangkästen müssen gemäß VGN-Standard im Farbton RAL 9016 (verkehrsweiß) gestaltet sein. Es müssen Fahrpläne (Linienfahrplan und haltestellenbezogener Abfahrtsplan in DIN A4, Format: hoch, ausgehängt werden. Die Fahrpläne sind stets aktuell zu halten und zeitnah zum Fahrplanwechsel auszutauschen. Es ist untersagt, Werbung an oder in den Aushangkästen anzubringen.

1.6 Personal

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nur zuverlässiges und fachkundiges Personal einzusetzen. Das Fahrpersonal muss außerdem folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Es muss die Deutsche Sprache in Wort und Schrift ausreichend beherrschen.
- Die Beförderungs- und Tarifbestimmungen müssen beherrscht werden.
- Es muss im Besitz der erforderlichen Fahrerlaubnis sein und die Berechtigung zur Personenbeförderung haben.
- Es soll kundenfreundlich und serviceorientiert handeln.

Das Rauchen ist dem Fahrpersonal im Fahrzeug - auch in den Pausen und bei Leerfahrten - grundsätzlich untersagt. Gleiches gilt für die Nutzung von Mobiltelefonen während der Fahrt.

Auf Verlangen des Auftraggebers darf der Auftragnehmer bestimmte Fahrer nicht mehr einsetzen, wenn Tatsachen vorliegen, die gegen die Eignung oder Zuverlässigkeit des Fahrers sprechen.

Der Auftragnehmer hat das Fahrpersonal insbesondere bezüglich des Fachwissens und der Serviceorientierung zu schulen und zu qualifizieren.

Das Fahrpersonal hat die Fahrkartenkontrolle beim Einstieg durchzuführen. Es hat darauf zu achten, dass der Einstieg der Fahrgäste vorne erfolgt. Es ist die Richtlinie für Fahrausweiskontrollen im VGN zu beachten (Anlage 9).

1.7 Betriebsleitstelle, Disponent

Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, eine Betriebsstätte, die nicht weiter als 25 Straßenkilometer vom Ausführungsort der Leistung entfernt ist, zu haben. Am Ort der Betriebsstätte ist ein Betriebsleiter nach § 4 BOKraft einzusetzen. Er muss mindestens 30 Stunden pro Arbeitswoche in dieser Funktion tätig sein, sofern nicht die Geschäftsleitung selbst dort ansässig ist.

Während der Betriebs- und Beförderungspflicht nach §§ 21 und 22 PBefG muss der verantwortliche Disponent oder die Betriebsleitstelle des Verkehrsunternehmens erreichbar sein.

Um während der gesamten Betriebszeit die Erreichbarkeit zu gewährleisten, richtet das Verkehrsunternehmen eine feste Notfallnummer ein, unter der die Fahrgäste den zuständigen Disponenten/ die Betriebsleitstelle während der Betriebszeiten in der geforderten Zeitspanne erreichen können. Die Notfallnummer ist auf den Aushangplänen an

den Haltestellen und in den Fahrzeugen gut sichtbar anzuzeigen.

Der Disponent, bzw. die Betriebsleitstelle soll einen ordnungsgemäßen Fahrbetrieb sicherstellen.

Der Disponent / die Betriebsleitstelle muss vom Verkehrsunternehmen ermächtigt und in der Lage sein, abschließende Entscheidungen zur Beseitigung der Betriebsstörung bzw. zur Sicherung der Weiterbeförderung der Fahrgäste zu treffen, sowie entsprechende Weisungen an das Fahrpersonal zu geben.

Fahrscheinverkauf

1.8

Das Verkehrsunternehmen ist verpflichtet, im eingesetzten Fahrzeug Fahrkarten zu verkaufen. Auch Zonenkarten- und Verbundpass-Anträge sind auszugeben.

In den Fahrzeugen erfolgt der Fahrscheinverkauf ausschließlich über ein vom Fahrer zu bedienendes Fahrkartenverkaufsgerät (elektronischer Fahrscheindrucker). Das Verkehrsunternehmen muss mindestens ein Ersatzgerät (elektronischer Fahrscheindrucker) vorhalten.

Die Beschaffung, Bereitstellung, Wartung und Reparatur der Fahrscheindrucker und aller dazu notwendigen Einrichtungen (bspw. Hintergrundsoftware, zentrale Hardware, Module, Access Points oder GSM/ Datenfunk-System zur Datenver- und Entsorgung) sowie der notwendigen Verbrauchsmaterialien (insbesondere Druckerpapier) obliegt dem Verkehrsunternehmen auf dessen eigene Kosten.

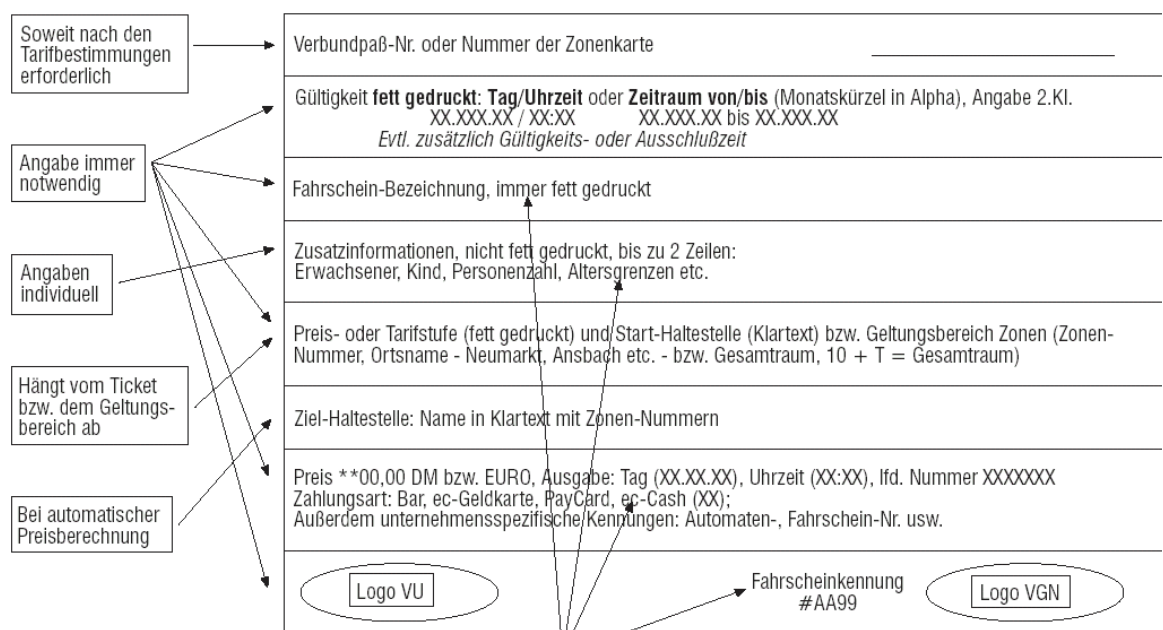
Die vom VGN vorgegebenen Anforderungen sind zu beachten:

Anforderungen an den Fahrscheinverkauf

Grundsätzlicher Aufbau der Fahrscheine (Layout)

VGN-Information, Stand: 1. Januar 2003 (weiterhin gültig)

Grundsätzlicher Aufbau der Fahrscheine



Streifenkarten: Grundsätzlich anderer Aufbau, Fahrscheintexte am Kopf, zusätzlich Benutzungshinweise.

a) Anforderungen an das Fahrscheindruckerpapier

Das Papier muss mindestens zwei der folgenden Sicherheitsmerkmale aufweisen:

- einheitlicher Rasterunterdruck,
- Wasserzeichen (sichtbar, wenn das Ticket gegen das Licht gehalten wird),
- Melierfasern, farbig, auf der Rückseite erkennbar, deutlich sichtbar unter UV-Licht,
- Aufdrucke in Kopierschutzfarbe.

Das Papier muss entwertungsfähig (durch Stempelaufdruck) sein.

b) Zu verkaufendes Fahrscheinsortiment

Auf den mit elektronischen Fahrscheindruckern auszustattenden Fahrzeugen sind mindestens zu verkaufen:

- Einzelfahrkarten,
- 4er- Ticket und 10er-Streifenkarten,
- Tagedickets (Solo und Plus),
- MobiCards (7-Tage-Karte, 31-Tage-Karte, 31-Tage-Karte ab 9 Uhr),
- 31-Tageskarte (Solo 31),
- Schülerwochenwertmarken,
- Schülermonatswertmarken,
- Semesterticket
- FerienTickets,
- BayernTickets,
- Schönes-Wochenende-Tickets

c) Verbundpässe und Zonenkarten

Der Verkauf von Wochen-Monatswertmarken an Schüler und Auszubildende, der Verkauf von Solo 31-Karten (31-Tageskarten) sowie von MobiCards ist – von Ausnahmen nach näherer Regelung der Tarifbestimmungen abgesehen – nur gegen Vorlage eines für die gelösten Fahrtstrecke gültigen Verbundpasses bzw. einer Zonenkarte für MobiCards möglich. Dazu hat das Verkehrsunternehmen den betreffenden Kundengruppen (Selbstzahler im Schul- und Ausbildungsverkehr) den Bezug von Verbundpässen/ Zonenkarten zu ermöglichen.

Das Verkehrsunternehmen überprüft im Falle von Verbundpassanträgen von Schülern und Auszubildenden die Anspruchsberechtigung des Antragstellenden und ergänzt bei Verbundpässen wie MobiCard-Zonenkarten die Angaben des Fahrgastes um die erforderlichen Tarif- und Gültigkeitsinformationen.

Sollte die Überprüfung des Antrags das Nichtvorliegen der Voraussetzungen für die Ausstellung eines Verbundpasses ergeben, z.B. auch auf Grund fehlender/ unvollständiger Angaben, so ist der Fahrgast innerhalb der genannten Frist (5 Arbeitstage) darüber in Kenntnis zu setzen.

Die Ausstellung und die Zustellung der Verbundpässe und MobiCard-Zonenkarten ha-

ben für den Kunden unentgeltlich zu erfolgen. Die Kosten trägt das Verkehrsunternehmen.

Die erzielten Einnahmen auf der vertragsgegenständlichen Linie sind in einer von der VGN GmbH vorgegeben Datei bis spätestens zum 15. des Folgemonates an die Verbundgesellschaft des Verkehrsverbundes Großraum Nürnberg VGN sowie an den Auftraggeber zu melden.

Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbund gleichen den Unterschied zwischen den erzielten Einnahmen und der dem Verkehrsunternehmen monatlichen Einnahmenezuschüssen spätestens innerhalb 10 Tagen nach Zugang der monatlichen Einnahmenezuschussrechnung der Verbundgesellschaft kassenmäßig aus.

Das Verkehrsunternehmen führt die Monatsmeldungen zu der vom VGN geforderten Jahresaufstellung zusammen und lässt diese auf seine Kosten durch einen von ihm bestimmten Wirtschaftsprüfer testieren.

Für die Erstellung des VGN-Erfolgsplanes teilt das Verkehrsunternehmen dem Verkehrsverbund bis zum 1. September des Folgejahres folgende Daten für den Planungszeitraum (die folgenden drei Jahre) vor (Plandaten): Betriebsleistungen im Verbundverkehr, Aufwand im Verbundverkehr, Abgeltungszahlungen, sonstige Erträge, Zuschüsse. Nach Abschluss des Geschäftsjahres legt das Verkehrsunternehmen bis spätestens 1. Mai für die Erfolgsrechnung des Verkehrsverbundes die entsprechenden Ist-Daten vor. Die Angaben des Verkehrsunternehmens sind, mit Ausnahme des Auftraggebers keinem Dritten zugänglich.

Die steuerliche Behandlung (Umsatzsteuer) der auf den vertragsgegenständlichen Linien erzielten Fahrgelderträge obliegt dem Verkehrsunternehmen. Dies gilt auch soweit dem Verkehrsunternehmen Bruttofahrgeldeinnahmen anderer Verkehrsunternehmen zugeschrieben werden bzw. von diesem abgefordert werden. In diesen Fällen sind vom Verkehrsunternehmen auch entsprechende Korrekturmeldungen an die zuständige Finanzbehörde zu veranlassen.

Alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses bzw. der Kooperation, Mitgliedschaft oder Assoziierung mit dem VGN im ausschreibungsgegenständlichen Verkehr durchgeführten Fahrgastzählungen und Qualitätsberichte sind dem Auftraggeber unverzüglich in Kopie zur Verfügung zu stellen.

1.9 Pünktlichkeit / Verhalten bei Störungen

Das Verkehrsunternehmen steht dem Fahrgast und dem Auftraggeber gegenüber für die pünktliche und zuverlässige Verkehrsbedienung ein.

Der Fahrgast ist durch Aushänge in den Fahrzeugen und Hinweise in den Fahrplanmedien auf seinen Anspruch des Fahrgastes auf eine pünktliche und zuverlässige Verkehrsbedienung hinzuweisen.

Die Aufstellung der Wagenumlauf- und Einsatzpläne des Verkehrsunternehmens hat unter Berücksichtigung der üblichen Verkehrsverhältnisse und Fahrgastwechselzeiten zu erfolgen. Das Verkehrsunternehmen hat durch eine gewissenhafte Umlaufplanung sowie den Einsatz von Fahrzeugen und Vertriebsseinrichtungen, die einen hinreichend raschen Fahrgastwechsel ermöglichen, eine pünktliche Betriebsabwicklung zu gewährleisten.

Das Verkehrsunternehmen hat den Auftraggeber unverzüglich auf Schwierigkeiten bei der Betriebsabwicklung der vertragsgegenständlichen Verkehre hinzuweisen. Bei dau-

erhaften Störungen werden die Vertragsparteien eine Lösung gemeinsam abstimmen.

Das Verkehrsunternehmen hat bis 12.00 Uhr am Nachfolgetag bzw. am nächsten Arbeitstag per E-Mail den Auftraggeber über ausgefallene Fahrten und erhebliche Störungen zu informieren.

2. Angebotsbedingungen

2.1 Angebote

Der Bieter muss sich vor Abgabe des Angebotes über alle Bedingungen unterrichten, die für die Ausführung der Leistung und für die Preisermittlung bedeutsam sind, insbesondere hat er die in den Fahrplänen angegebenen Linienwege, Linienlängen, Haltestellen und Fahrzeiten zu überprüfen und evtl. Abweichungen zu den Angaben des Auftraggebers bei seinem Angebot zu berücksichtigen.

In das Angebot sind alle mit der Leistung zusammenhängenden Kosten einzurechnen.

Das Angebot muss vollständig sein. Es muss die Preise und die in den Verdingungsunterlagen geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

Änderungen und Ergänzungen an den Verdingungsunterlagen sind unzulässig. Soweit dem Bieter Erläuterungen zur besseren Beurteilung des Angebotes erforderlich erscheinen, können sie dem Angebot auf besonderer Anlage beigelegt werden.

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat er unverzüglich beim Auftraggeber schriftlich oder per Fax Aufklärung zu verlangen. Unterlässt er dies, so gibt er zu erkennen, dass er mit der Ausschreibung und seinem darauf abgegebenen Angebot und der Ausführung in allen Teilen einverstanden ist. Er kann sich später nicht mehr auf etwaige Unklarheiten in den Vergabeunterlagen berufen. Eventuell notwendige ergänzende Informationen werden allen Bietern bekannt gegeben.

Das Angebot muss rechtsverbindlich unterschrieben sein (Angebotsschreiben, Preisverzeichnis, Fahrpläne, Formblatt Angaben über das für die Leistung vorgesehene Fahrzeug).

2.2 Nebenangebote und Änderungsvorschläge

Nebenangebote und Änderungsvorschläge werden nicht zugelassen.

2.3 Aufteilung in Lose

Eine Aufteilung in Lose ist nicht vorgesehen.

2.4 Bietergemeinschaften

Die Bildung von Bietergemeinschaften ist zulässig. Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,

- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Ggf. ist das beiliegende Formblatt „Erklärung der Arbeitsgemeinschaft“ dem Angebot ausgefüllt beizulegen.

2.5 Unterauftragnehmer

Der Auftragnehmer soll die Leistung im eigenen Betrieb ausführen. Es dürfen maximal 50% der Leistung an Unterauftragnehmer weitervergeben werden.

Bei der Vergabe von Unteraufträgen hat der Auftragnehmer nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren.

Bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge sind kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen.

Dem Unterauftragnehmer ist auf Verlangen der Auftraggeber zu nennen.

Dem Unterauftragnehmer sind insgesamt keine ungünstigeren Bedingungen - insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und der Sicherheitsleistungen - zu stellen, als zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Ggf. ist das beiliegende „Verzeichnis der Unterauftragnehmer“ dem Angebot ausgefüllt verpflichtend beizulegen.

2.6 Sonstige Angebotsbedingungen

Das Angebot ist in allen seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Es muss vollständig sein. Unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden. Änderungen und Ergänzungen an den Ausschreibungsunterlagen sind unzulässig.

3. Wertungskriterien

3.1 Eignungsnachweise und Erklärungen

Wenn die formalen Anforderungen erfüllt sind, wird die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (VOL/A § 7 EG) anhand der vom Bieter dem Angebot beizulegenden Nachweisen, Bestätigungen und Erklärungen geprüft.

Es werden nur Angebote von Bietern berücksichtigt, die für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit besitzen.

Die nachfolgend genannten notwendigen Unterlagen sind vom Bieter jeweils durch Firmenstempel und Unterschrift zu bestätigen:

- **Angebotsschreiben**
- **Preisverzeichnis**
- **Formblatt** „Angaben über das für die Leistung vorgesehene Fahrzeug“
- **Fahrpläne**
- **Angaben** zu den in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren ausgeführten Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Die Erteilung des Auftrags **kann** von folgenden Nachweisen abhängig gemacht werden (**nur auf Verlangen vorzulegen**):

- Nachweis der fachlichen Eignung (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied),
- polizeiliches Führungszeugnis (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied)
- Angaben zur Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufsgruppen

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150 Abs. 1 Gewerbeordnung), nicht älter als drei Monate,
- Polizeiliches Führungszeugnis des zum Einsatz vorgesehenen Fahrpersonals.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen.

3.2 Wertung der Angebote

Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Ausschlaggebend ist der Preis.

4. Vertragsbedingungen

4.1 Vertrag

Mit Erteilung des Auftrags wird ein Vertrag auf der Grundlage dieser Verdingungsunterlagen und des Angebots des Auftragnehmers geschlossen. Ergänzend gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung. Etwaige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers haben keine Gültigkeit. Bei Unklarheiten im Vertrag gilt folgende Reihenfolge der Unterlagen:

- Auftragsschreiben
- Leistungsbeschreibung
- Weitere Vergabeunterlagen einschließlich der Bewerbungsbedingungen
- Verdingungsordnung für Leistungen - Teil B - (VOL/B)

Auf den Vertrag ist ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden.

4.2 Vertragsdauer

Der Vertrag beginnt mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2019 und endet zum Fahrplanwechsel im Dezember 2027.

4.3 Überwachung

Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter ist befugt, die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers zu überwachen. Dem Auftraggeber bzw. dem beauftragten Dritten ist es zu diesem Zweck gestattet, die Grundstücke und Anlagen des Auftragnehmers zu betreten und zu besichtigen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber alle Auskünfte erteilen, die mit der Erfüllung dieses Vertrages in Zusammenhang stehen. Der Auftraggeber darf dem Auftragnehmer im Rahmen des Vertrages die notwendigen Weisungen erteilen.

Der Auftraggeber oder ein von ihm beauftragter Dritter ist berechtigt, zu Kontrollzwecken in den eingesetzten Fahrzeugen mitzufahren.

Auf Verlangen des Auftraggebers sind die Prüfbücher und die Fahrtenschreiber der eingesetzten Fahrzeuge vorzulegen.

4.4 Informationspflicht

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber über alle für die Erfüllung des Vertrages wesentlichen Umstände wie z. B. technische Störungen, Abweichungen von der Streckenführung, Nichtbedienung von Haltestellen, Unfälle usw. unverzüglich zu infor-

mieren.

Während der Betriebszeiten muss die Erreichbarkeit eines verantwortlichen Disponenten oder einer Betriebsleitstelle des Verkehrsunternehmens gewährleistet sein. Hierzu teilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber eine Kontaktnummer mit.

Darüber hinaus unterrichtet der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich über besondere Gefahrenquellen für den Fahrbetrieb auf den Fahrstrecken und an den Haltestellen. Unterlässt der Auftragnehmer die erforderliche Information, ist der Auftraggeber berechtigt, eine Vertragsstrafe von bis zu 1.000,- Euro zu verhängen.

4.5 Unterauftragnehmer

Der Auftragnehmer hat den Vertrag in eigener Verantwortung zu erfüllen. **Ohne schriftliche Zustimmung** des Auftraggebers darf der Auftragnehmer die Verpflichtungen aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise auf Unterauftragnehmer oder Beteiligte am Kapital des Unternehmens übertragen. Die Zustimmung ist auch erforderlich bei einer Weitervergabe von unwesentlichen Teilleistungen oder von Teilleistungen, auf die der Betrieb nicht eingerichtet ist. Stimmt der Auftraggeber der Übertragung nicht zu oder lehnt er einen vorgeschlagenen Unterauftragnehmer ab, bedarf es hierfür keiner Begründung.

Unterauftragnehmer können nur mit Zustimmung des Auftraggebers gewechselt werden. Ein Unterauftragnehmer ist nicht berechtigt, Verpflichtungen aus seiner Beauftragung ganz oder teilweise auf weitere Unterauftragnehmer zu übertragen.

Auch im Fall der Zustimmung durch den Auftraggeber haftet der Auftragnehmer in vollem Umfang für die Tätigkeit und Leistung des Unterauftragnehmers und hält den Auftraggeber insoweit von allen Ansprüchen Dritter frei.

Überträgt der Auftragnehmer ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers Leistungen ganz oder teilweise auf Unterauftragnehmer, kann der Auftraggeber ihm eine angemessene Frist zur Aufnahme der Leistungen im eigenen Betrieb setzen und erklären, dass er ihm nach ergebnislosem Ablauf der Frist den Auftrag entziehe.

4.6 Haftung und Versicherung

Der Auftragnehmer haftet im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften für alle Schäden, die er im Vollzug dieses Vertrages verursacht. Er stellt den Auftraggeber oder dessen Bedienstete von allen Ansprüchen frei, die von Fahrgästen oder Dritten wegen der in diesem Vertrag vereinbarten Beförderung erhoben werden, es sei denn, das schadensstiftende Ereignis beruht auf einem Verschulden von Personen, für die der Auftraggeber einzustehen hat.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich, sein Fahrpersonal und die Fahrgäste nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu versichern. Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers Nachweis über das Bestehen einer solchen Versicherung zu führen.

Der gesetzliche Umfang der Haftung des Auftragnehmers wird durch dessen Haftpflichtversicherung weder im Umfang eingeschränkt, noch auf die Versicherungssumme beschränkt.

4.7 Nachbesserungspflicht, Vertragsstrafen

Kommt es aufgrund fehlerhafter Betriebsplanung zu regelmäßigen Verspätungen, die eine Einhaltung der zeitlichen Anforderungen des Fahrbetriebs nicht ermöglichen, so ist der Auftragnehmer dazu verpflichtet, unverzüglich geeignete Maßnahmen zur Einhaltung des Fahrplanes zu ergreifen.

Zur Qualitätssicherung werden im folgenden Minderleistungen genannt, die zu Vertragsstrafen bzw. zu Minderungen führen. Die Vertragsstrafe kommt nur bei Verschulden des Auftragnehmers zum Tragen.

Ein im Verschulden des Auftragnehmers liegender unpünktlicher Fahrtantritt von mehr als 5 Minuten hat eine Minderung von 5 € je angefangener Minute (max. 125 € je Vorfall) zur Folge.

Eine zu frühe Abfahrt um mehr als 1 Minute hat eine Minderung von 20 Euro je angefangene Minute zur Folge (max. 120 Euro je Vorfall).

Bei einem Fahrzeugausfall ist innerhalb von 30 Minuten für eine Ersatzbeförderung zu sorgen. Andernfalls sind die Ersatzfahrkosten der Fahrgäste zu übernehmen.

Bei Nichtbedienen einer Haltestelle sind nach 30 Minuten Wartezeit die Ersatzfahrkosten der Fahrgäste zu übernehmen. Außerdem wird die o.g. Minderung auch in diesem Fall vorgenommen.

Bei einer fehlenden Linienkennung (siehe Punkt 1.4) wird eine Vertragsstrafe von 20,00 € je Vorfall fällig.

Beim Unterlassen des rechtzeitigen Austauschs von Fahrplänen wird eine Vertragsstrafe von 5,00 Euro je Vorfall fällig.

Bei dem Einsatz eines Fahrzeugs, das den Vorgaben gemäß Ziffer 1.4 dieser Leistungsbeschreibung nicht entspricht, beim Rauchen im Fahrzeug oder der Mobiltelefonnutzung während der Fahrt wird eine Vertragsstrafe in Höhe von 100,- Euro für jeden Einzelfall fällig.

Die Höhe der Vertragsstrafen nach diesem Vertrag ist auf 10 v. H. der Abrechnungssumme je Kalenderjahr begrenzt.

Wenn das Verkehrsunternehmen nachweist, dass die oben genannten Vorfälle nicht in seinem Verschulden liegen, wird von der Erhebung der Vertragsstrafe abgesehen.

4.8 Änderung der Leistung

Der Auftraggeber kann nachträglich Änderungen der Leistung verlangen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar (§ 2 Nr. 1 VOL/B).

Eine Änderung der Linienlänge um $\pm 25\%$ ist in der Regel als zumutbar anzusehen.

Ändert sich auf Verlangen des Auftraggebers die Länge einer der Linien, wird der (Besetzt-)Kilometerpreis bis zu einer Längenänderung von ± 25 v. H. auf der Grundlage des vereinbarten (Besetzt-)Kilometerpreises beibehalten. Als Basis für die Berechnung der Längenänderung gilt die vom Auftragnehmer im Fahrplan anerkannte Linienlänge. Darüber hinaus ist auf Verlangen einer Seite eine neue Preisvereinbarung zu treffen.

Werden durch Leistungsänderungen die Grundlagen des Preises für die im Vertrag vorgesehene Leistung auf sonstige Weise geändert, so ist ein neuer Preis zu vereinbaren. Diese Vereinbarung ist unverzüglich zu treffen (§ 2 Nr. 3 VOL/B).

Bei Fahrplanänderungen beantragt das Verkehrsunternehmen im Einvernehmen mit dem Aufgabenträger die Zustimmung der Genehmigungsbehörde gemäß § 40 Abs. 2 PBefG. Die Kosten trägt das Verkehrsunternehmen. In die Genehmigung einzubeziehen ist auch die zwischenzeitlich erfolgte Einrichtung oder Aufhebung von Haltestellen.

4.9 Preise und Preisanpassung

Bei diesem Verkehrsvertrag handelt es sich um einen Bruttovertrag, das Einnahmerisiko trägt der Auftraggeber. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sämtliche Einnahmen, die den Linien 118, 136 und 152 im Rahmen der Einnahmeaufteilung im VGN zugeschrieben werden, an den Auftraggeber abzuführen. Dies gilt auch für die Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG und § 148 SGB IX. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Aus-

gleichleistungen ordnungsgemäß zu beantragen.

Erklärungen gegenüber der VGN GmbH bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

Vergütet wird die Anzahl der tatsächlich zurückgelegten Nutzkilometer (alle fahrplanmäßig veröffentlichte Fahrten zur Personenbeförderung ohne Ein-, Ausrück- oder Überführungsfahrten).

Die Angebotspreise sind in das Preisverzeichnis (Anlage 10) einzutragen.

Es ist der Preis pro Kilometer anzugeben. Es sind Preise ohne Umsatzsteuer anzugeben (Nettopreise). Es können Kosten für die Nutzung von Haltestellen entstehen. Diese Kosten der Haltestellennutzung trägt der Auftragnehmer. Dieser Umstand ist bei der Preisermittlung zu berücksichtigen.

Der vereinbarte Vergütungssatz je Linienkilometer gilt für mindestens 24 Monate, gerechnet ab Vertragsbeginn.

Die Vertragsparteien erhalten das Recht, nach Ablauf der 24 Monate während der Vertragslaufzeit auf Grund der allgemeinen Preis- und Kostenentwicklung eine Anpassung der vom Verkehrsunternehmen angebotenen Preise für **zeitbezogene Kosten** und **fahrleistungsbezogene Kosten** zu verlangen.

Die Erhöhung der **zeitbezogenen Kosten** erfolgt nach dem „Index der tariflichen Stundenverdienste“ des Statistischen Bundesamtes für den Wirtschaftszweig „Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen“ (Gesamtwert für Männer und Frauen) im früheren Bundesgebiet (Fachserie 16; Reihe 4.3).

Als zeitbezogene Kosten gilt ein Anteil von 50 v. H. des Kilometersatzes der jeweiligen Linie als vereinbart.

Die Erhöhung der **fahrleistungsbezogenen Kosten** erfolgt nach dem „Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)“ des Statistischen Bundesamtes für „Dieselkraftstoff bei Abgabe an Großverbraucher“.

Als fahrleistungsbezogene Kosten gilt ein Anteil von 30 v. H. des Kilometersatzes der jeweiligen Linie als vereinbart.

Die Kostenerhöhung ergibt sich jeweils aus dem Verhältnis des Indexes (Jahresdurchschnitt) des dem betrachteten Jahr vorangegangenen Jahres zum Index (Jahresdurchschnitt) des gültigen Basisjahres.

Gültiges Basisjahr für das erste Änderungsverlangen ist das Jahr 2019.

Die Anpassung der Kostenbestandteile kann jährlich mittels Antrag - erstmals im Dezember 2021 - von jeder Vertragspartei verlangt werden. Die Anpassung erfolgt rückwirkend zum Beginn des Monats der Antragstellung, wenn die Preisanpassung schriftlich unter Vorlage der erforderlichen Nachweise beantragt wurde.

Eine Anpassung der Vergütung kann nur dann erfolgen, wenn ein Schwellenwert überschritten wurde. Dieser beträgt +/- 3 v. H.. Danach können die vom Verkehrsunternehmen angebotenen Preise nur dann angepasst werden, wenn sich durch die Preisanpassung die Summe der zeitbezogen Kosten und der fahrleistungsbezogenen Kosten so stark ändert, dass die relative Änderung über dem Schwellenwert liegt.

Nach erfolgter Preisanpassung wird das dem Jahr der Preisanpassung vorangegangene Jahr zum gültigen Basisjahr für den Fall eines erneuten Anpassungsverlangens. Für ein erneutes Anpassungsverlangen muss auch der Schwellenwert erneut überschritten werden.

Eine Änderung des Vergütungssatzes je Linienkilometer ist in einer besonderen schriftlichen Ergänzung des Vertrages festzulegen.

4.10 Abrechnung

Die Abrechnung erfolgt monatlich entsprechend der tatsächlich zurückgelegten Nutzkilometer (alle fahrplanmäßig veröffentlichte Fahrten zur Personenbeförderung ohne Ein-, Ausrück- oder Überführungsfahrten). Grundlage für die Ermittlung der Vergütung ist der angebotene Kilometerpreis.

Die Rechnung ist in 2-facher Ausfertigung einzureichen. Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer aufzustellen.

Die Zahlung ist innerhalb von 30 Tagen nach Zugang der Rechnung fällig. Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet. Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

Für jedes Kalenderjahr erstellt der Auftragnehmer eine Einnahmeübersicht bezogen auf die Linien 118, 136 und 152 getrennt bis zum 31. März des Folgejahres.

Die Schlussabrechnung über jedes abgelaufene Kalenderjahr ist nach Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen zu erstellen und dem Auftraggeber innerhalb von 30 Tagen vorzulegen. Die Schlussabrechnung hat bezogen auf die Linien 118, 136 und 152 getrennt zu erfolgen. In der Schlussabrechnung sind alle Einnahmen aufzuführen, insbesondere auch die gesetzlichen Ausgleichsleistungen.

Der Auftragnehmer ist für die ordnungsgemäße Einhaltung der steuerrechtlichen Vorgaben bezüglich der Einnahmen verantwortlich.

4.11 Vorzeitige Beendigung, Kündigung

Der Auftraggeber ist zur Kündigung berechtigt, wenn der Auftragnehmer trotz zweimaliger schriftlicher Abmahnung innerhalb der Vertragslaufzeit ein weiteres Mal gegen die sich aus diesem Vertrag ergebenden Pflichten verstößt. Der Grund für die Kündigung muss den Gründen zumindest einer der vorangegangenen Abmahnungen entsprechen. Eine Kündigung in einem solchen Fall ist mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende möglich.

Darüber hinaus ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung berechtigt, wenn ihm die Fortführung des Vertrages unzumutbar geworden ist. Unzumutbarkeit liegt insbesondere dann vor, wenn der Auftragnehmer in schwerwiegender Weise gegen die vertraglichen Pflichten verstößt.

Im Falle einer Kündigung in diesen Fällen (fristgerecht oder fristlos) ist das Verkehrsunternehmen dem Auftraggeber zum Ersatz des durch die vorzeitige Vertragsbeendigung entstehenden Schadens verpflichtet.

Die Vertragsparteien sind darüber hinaus zur Kündigung berechtigt, wenn in angemessener Frist keine Einigung über die Ermäßigung oder Erhöhung der Vergütung erzielt werden kann. Eine Kündigung in einem solchen Fall ist mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende möglich.

4.12 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelungen der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland.

4.13 Schriftform

Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Für die Auf-

hebung der Formabrede ist ebenfalls die Schriftform erforderlich. Mündliche Abreden sind nicht bindend.

4.14 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder nichtig sein oder werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht.

Die Parteien verpflichten sich, unwirksame oder nichtige Bestimmungen durch neue Bestimmungen zu ersetzen, welche dem in den unwirksamen oder nichtigen Bestimmungen enthaltenen wirtschaftlichen Regelungsgehalt in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden. Entsprechendes gilt für eventuell im Vertrag enthaltene Regelungslücken. Zur Ausfüllung solcher Lücken verpflichten sich die Parteien auf die Etablierung angemessener Regelungen in diesem Vertrag hinzuwirken, die dem am nächsten kommen, was die Parteien nach dem Sinn und Zweck des Vertrages bestimmt hätten, wenn der Punkt von ihnen bedacht worden wäre.

4.15 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle Streitigkeiten über die Gültigkeit des zustande kommenden Vertrages und aus dem Vertragsverhältnis ist ausschließlich das für den Sitz des Auftraggebers zuständige Gericht.

Anlagen:

1. Fahrpläne Linie 118
2. Fahrpläne Linie 136
3. Fahrpläne Linie 152
4. Umlaufpläne
5. VGN Mustervertrag
6. Vorgaben zur Fahrgastkapazität
7. DEFAS
8. Formblatt „Angaben über das für die Leistung vorgesehen Fahrzeug“
9. Richtlinie für die Durchführung von Fahrausweiskontrollen
10. Preisverzeichnis